

- IPPNW – Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkriegs / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung
- Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
- BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
- Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
- Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
- BI "Kein Atommüll in Ahaus"
- Bündnis AgiEL – AtomkraftgegnerInnen im Emsland
- SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
- AntiAtom Bonn

Bonn/Berlin/Gronau/Münster, 16. August 2022

Große Sorge um AKW-Sicherheit in Ukraine: Entmilitarisierung unter internationaler Aufsicht

Uran-Lieferstaaten müssen diplomatisch eingreifen: Berlin, Den Haag, London und Stockholm sind am Zug

Die Friedensnobelpreisträgerin IPPNW, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sowie Anti-Atomkraft-Initiativen aus NRW und Niedersachsen fordern von den vier Regierungen in Berlin, Den Haag, London und Stockholm eine sofortige und entschiedene diplomatische Initiative zusammen mit der UNO, um insbesondere rund um das AKW Saporischschja eine entmilitarisierte Schutzzone unter internationaler Aufsicht einzurichten. Die vier Regierungen sind seit einigen Jahren für die Uran- und Brennelementlieferungen an die heftig umkämpften ukrainischen AKWs zuständig.

"Krieg in einem Land mit laufenden Atomreaktoren ist ein Novum. Der Beschuss und der Kampf um diese Atomanlagen sind ein Tabubruch. Mit jedem Tag, den die Kämpfe andauern, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer nuklearen Katastrophe kommt. Die Gefahr ist real. Daher rufen wir die Regierungen der Uran-Lieferstaaten auf, die Kriegsparteien in der Ukraine zusammen mit der UNO unverzüglich an einen Tisch zu holen und eine entmilitarisierte Schutzzone unter internationaler Aufsicht einzurichten. Wir brauchen dringend eine belastbare diplomatische Lösung und vorsichtshalber eine Abschaltung aller sechs Reaktorblöcke. Das Getreideabkommen zeigt, dass auch mitten im Krieg diplomatische Lösungen für besonders brisante Probleme möglich sind," erklärt die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen.

"Die Bundesregierung sowie die Regierungen der Niederlande, Großbritanniens und Schwedens haben jahrelang wider besseren Wissens durch die Uranbrennstofflieferungen den Weiterbetrieb des maroden Atomkraftwerks ermöglicht, anstatt der Ukraine beim Ausbau der Erneuerbaren zu helfen. Aber wer den Uranbrennstoff liefert, ist auch für die Folgen des Betriebs mitverantwortlich. Nun müssen sich die vier Regierungen den Folgen ihrer verfehlten Atompolitik stellen und aktiv werden, denn Russland und die Ukraine werden den Atomkonflikt nicht alleine lösen können," so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Vier der sechs Reaktorblöcke in Saporischschja laufen seit 2016 mit angereichertem Uran des deutsch-niederländisch-britischen Urananreicherers Urenco. Urenco betreibt auch im westfälischen Gronau die eine Urananreicherungsanlage. Von Gronau wird regelmäßig Uran zur schwedischen Brennelementefabrik Västeras geliefert. Die aktuellste Exportgenehmigung stammt laut Website des

Bundesumweltministeriums vom 1. Februar 2022. Am 1. und 2. Juni gingen laut Transportliste des Bundesamts BASE die zwei aktuellsten Transporte mit angereichertem Uran nach Västeras.

Das angereicherte Uran von Urenco wird in Västeras vom US-Konzern Westinghouse zu Brennelementen verarbeitet und dann in die Ukraine exportiert. IPPNW, BBU und Anti-Atomkraft-Initiativen haben diesen Uran-Deal schon 2016 scharf kritisiert, weil Saporischschja schon damals sehr nahe der umkämpften Region im Donbass lag. Auch zwei Blöcke des AKW Süd-Ukraine werden von Urenco und Westinghouse beliefert. Sie liegen unweit der Kampfzone bei Cherson und Mikolajew.

IPPNW, BBU und Anti-Atomkraft-Initiativen erinnern daran, dass noch im letzten Jahr die damalige Bundesumweltministerin Svenja Schulze zum Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl unmissverständlich forderte, dass die Lehre aus dem Super-GAU von 1986 sei, so schnell wie möglich aus der Atomenergie auszusteigen.

"Stattdessen erleben wir in der Ukraine eine nie gekannte Militarisierung der angeblich "zivilen" Atomkraft und hierzulande eine faktenfreie Pseudodebatte zu möglichen AKW-Laufzeitverlängerungen. Atomkraft ist für keines unserer Energie- und Klimaprobleme die Lösung. Stattdessen droht uns in der Ukraine an einem Atomkraftwerk erstmals eine unkontrollierbare militärische Eskalation – die Bundesregierung muss nun sofort alle diplomatischen Kanäle nutzen," fordert Kerstin Rudek von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg.

Kontakte:

Dr. Angelika Claußen, IPPNW, Tel. 0172-5882786

Matthias Eickhoff, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Tel. 0176-64699023

Kerstin Rudek, BI Lüchow-Dannenberg, Tel. 01590-2154831

Udo Buchholz, BBU/AKU Gronau, Tel. 02562-23125

Weitere Infos:

www.ippnw.de, www.bbu-online.de, www.sofa-ms.de, <https://atomstadt-lingen.de>, www.bi-luechow-dannenberg.de

Verwendete Quellen:

https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nukleare_Sicherheit/ausfuehrgenehmigungen_brennelemente_bf.pdf

https://www.base.bund.de/SharedDocs/Downloads/BASE/DE/fachinfo/ne/transportgenehmigungen.pdf?__blob=publicationFile&v=121

<https://taz.de/Gronauer-Uran-fuer-die-Ukraine/!5840693/>

<https://www.world-nuclear-news.org/Articles/Energoatom-extends-international-cooperation>

<https://www.world-nuclear-news.org/Articles/Westinghouse-signs-VVER-440-fuel-agreement-with-UK>

<https://taz.de/Atomkraft-in-der-Ukraine/!5326506/>

<https://www.bmuv.de/rede/rede-von-svenja-schulze-bei-der-veranstaltung-35-jahre-tschernobyl-10-jahre-fukushima>

<https://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202016/23.08.16.pdf>